

Duplik zum Beitrag von Klaus Armingeon: „Ökonomische Erklärungen des Verhaltens bei aussenpolitischen Abstimmungen. Eine Kritik der Analyse von Aymo Brunetti, Markus Jaggi und Rolf Weder“

AYMO BRUNETTI*, MARKUS JAGGI** und ROLF WEDER***

1. EINLEITUNG

Wir möchten Klaus Armingeon zunächst dafür danken, dass er sich so detailliert mit unserem Papier auseinandergesetzt und die Relevanz unseres Ansatzes mit alternativen Methoden überprüft hat. Die ernsthafte Kritik und der Versuch, empirische Analysen weiterzuentwickeln, ist zentral für den Erkenntnisfortschritt. Gerade die Auseinandersetzung über die Disziplinengrenzen hinweg kann dabei besonders fruchtbar sein.

Leider wird Armingeons Versuch aber stark beeinträchtigt durch die Art und Weise, in der die Kritik angebracht wird. Das hauptsächliche Anliegen des Kommentars scheint es zu sein, die grundsätzliche Überlegenheit politikwissenschaftlicher Argumente und Analyse gegenüber ökonomischen Ansätzen herauszustreichen. Ein Beispiel: „Die Unterlegenheit der von Brunetti et al. favorisierten ökonomischen Erklärung . . . zeigt sich im Vergleich mit dem politikwissenschaftlichen Standardmodell.“ Geht es wirklich um einen Wettkampf zwischen Ökonomie und Politologie? Und wenn dem so wäre, inwiefern unterscheiden sich die beiden Disziplinen überhaupt? Geht nicht auch die Politologie davon aus, dass Eigeninteressen und Restriktionen die Wirtschaftssubjekte zumindest teilweise in ihrem Verhalten beeinflussen?

Aussagen wie „... der Befund . . . ist trivial“ (eine empirische Bestätigung oder Falsifizierung einer Hypothese ist *nie* trivial!) oder „... fällt hinter den politikwissenschaftlichen Forschungsstand zurück“ sind ebenfalls nicht dazu angetan, eine konstruktive Diskussion zwischen den Disziplinen zu fördern.

Wir werden bei unserer Antwort auf den Kommentar wie folgt vorgehen. Zuerst fassen wir nochmals unser Argument zusammen. Dann gehen wir auf Armingeons Kritik und seine Re-Analyse im Detail ein. Wir versuchen dabei, die Diskussion in einen etwas breiteren Rahmen einzubetten.

* Staatssekretariat für Wirtschaft und Universität Basel

** UBS

*** UBS und Universität Basel

2. UNSER ARGUMENT

Die ökonomische Theorie zeigt, dass eine aussenwirtschaftliche Öffnung in der Regel zwar die Gesamtwohlfahrt eines Landes erhöht, gleichzeitig aber zu Realeinkommensverlusten für bestimmte Gruppen führt. In unserem Artikel [BRUNETTI, JAGGI, WEDER (1998)] diskutieren wir diesen Zusammenhang am Beispiel des schweizerischen EWR-Entscheides. Ohne auf die in der Politischen Ökonomie gängigen Argumente zurückzugreifen (z. B. unterschiedliche Zahl oder Betroffenheit von Verlierern und Gewinnern, unterschiedliche Organisierbarkeit der Interessen), entwickeln wir zuerst eine theoretische Begründung, wieso sich der durchschnittliche Verlierer stärker gegen die Öffnung wehrt, als sich der durchschnittliche Gewinner für eine Öffnung einsetzt. Der Ansatz basiert dabei auf der Idee eines Status Quo Bias und/oder der Informationsasymmetrie zwischen Verlierern und Gewinnern über die zu erwartenden Verluste bzw. Gewinne einer Öffnung – Elemente, die im Artikel genauer erläutert werden.

Dies führt zur Hypothese, dass auch in einer direkten Demokratie wie der Schweiz tendenziell ein Bias in Richtung Nicht-Öffnung besteht – „dass sich die Verlierer an der Urne eindeutig gegen und dass sich die Gewinner nicht eindeutig für eine Öffnung aussprechen werden“ (S. 90). Die Hypothesen werden anhand der EWR-Abstimmung mittels einer Logit-Analyse überprüft, indem wir (1) die zu erwartenden Gewinner und Verlierer-Branchen aufgrund verschiedener im Vorfeld der EWR-Abstimmung durchgeführter Studien identifizieren (22 Branchen) und (2) die kantonalen Beschäftigungsanteile in den so eruierten Verlierer- und Gewinnerbranchen je auf die kantonalen Ja-Stimmenanteile in dieser Abstimmung regressieren.

Das Resultat: „Die kantonalen Beschäftigungsanteile der Verliererbranchen haben in allen Spezifikationen der Regression einen negativen Einfluss auf den kantonalen Ja-Stimmenanteil und sind praktisch durchgehend signifikant. Zwischen dem kantonalen Ja-Stimmenanteil und dem Beschäftigungsanteil in den Gewinnerbranchen besteht jedoch in praktisch allen Spezifikationen weder ein signifikanter noch ein positiver Zusammenhang.“ (S. 85). Unsere Folgerungen lauten deshalb, dass das empirische Ergebnis mit den konzeptionell abgeleiteten Hypothesen vereinbar ist, dass also die Hypothesen nicht verworfen werden können.

Selbstverständlich haben wir überprüft – und das ist mit den oben erwähnten Spezifikationen der Regression gemeint – ob andere „nicht-ökonomische“ Erklärungsvariablen diese Resultate verändern. Sie interessierten uns primär aus der Perspektive der Robustheit unseres Ansatzes und *nicht*, weil wir eine alternative Theorie überprüfen wollten. Dabei erweisen sich die signifikanten Ergebnisse als nicht-sensitiv.

Unsere wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen hinsichtlich einer zukünftigen aussenwirtschaftlichen Öffnung: Es „erscheint eine gewisse Kompensation der Verlierer notwendig, um den Erfolg der entsprechenden Politikänderung an der Urne zu sichern.“ (S. 86). Diesen Punkt haben wir in späteren Publikationen [BRUNETTI, JAGGI, WEDER (1999) und JAGGI, WEDER (1999)] weiter analysiert und mit der notwendigen Vorsicht ausformuliert, wohl wissend, dass er in Bezug auf die Implementierung ein sehr schwieriges und heikles Umverteilungsvorhaben darstellt.

3. ARMINGEONS KRITIKPUNKTE, SEINE RE-ANALYSE UND UNSERE STELLUNGNAHME IM EINZELNEN

Klaus Armingeon äussert vier Kritikpunkte an unserer Arbeit und zeigt mit seiner Re-Analyse gleichzeitig einen seiner Meinung nach besseren Weg auf. Beides wollen wir im folgenden kurz kommentieren.

„Signifikante, aber unwichtige Resultate“

Armingeon bezeichnet unsere Resultate zwar ebenfalls als signifikant, attestiert ihnen aber nur geringe Wichtigkeit. Wir gehen davon aus, dass er sich damit auf die von ihm berechneten Effektkoeffizienten bezieht. Diese sind für „unsere“ Variablen tatsächlich praktisch durchgehend kleiner als bei den von ihm gewählten. Die Unterscheidung zwischen Wichtigkeit und Signifikanz ist in diesem Zusammenhang aber nur bedingt sinnvoll.

„Wichtigkeit“ im Sinne von Armingeon spielt eine Rolle, wenn man fragt: „Welche der Rechthandvariablen erklärt am meisten?“ Unsere Frage lautet hingegen: „Hat die Variable, welche gemäss unserer Theorie einen Effekt haben sollte, tatsächlich einen signifikanten Einfluss? Behält sie ihre Signifikanz auch dann, wenn man andere, ebenfalls naheliegende Erklärungsvariablen mit einbezieht?“ Ist und bleibt eine Variable in diesem Sinne signifikant, so ist sie im Kontext der Fragestellung eben auch wichtig, unabhängig davon, wie gross ihr Koeffizient ist. Ausschlaggebend ist also letztlich die Frage, welche man den Daten stellt. Wir haben nicht einfach nach derjenigen Variablen gesucht, welche am meisten erklärt und uns dann überlegt, weshalb dies so sein könnte, sondern wir haben Hypothesen getestet, welche direkt aus unseren theoretischen Überlegungen ableitbar sind.

Die wirtschaftliche Betroffenheit als Erklärung von Abstimmungsergebnissen kann also im Vergleich zu den politischen Präferenzen tatsächlich als weniger wichtig interpretiert werden. Wir haben aber zeigen können, dass (1) die wirtschaftliche Betroffenheit beim Abstimmungsverhalten der Verlierer eine signifikante Rolle spielt und dass dies (2) bei den Gewinnern nicht der Fall ist.

„Rückfall hinter den Forschungsstand“

Unsere von Armingeon kritisierte Wahl kantonal aggregierter Daten hat zwei Hintergründe: Einerseits erschien sie für unsere Zwecke geeignet. Zwar werden Abstimmungsdaten auf Gemeindeebene ausgewiesen, und auch für die Beschäftigungsdaten sind (teure) Sonderauswertungen der Betriebszählung des Bundesamtes für Statistik theoretisch machbar. Der damit verbundene Aufwand erschien uns aber zu gross, zumal der von Armingeon angeführte ökologische Fehlschluss auch im Falle einer Auswertung

auf kommunaler Ebene bestehen bliebe.¹ Andererseits – und dies ist aus unserer Sicht entscheidend – versuchten wir aber mit der Wahl der Aggregationsstufe Kanton auch die „Pendlerproblematik“ zu entschärfen. Unsere Vorgehensweise unterstellt nämlich implizit, dass die Wähler dort arbeiten, wo sie abstimmen. Dies ist zugegebenermassen schon im kantonalen Kontext eine grosszügige Annahme, bricht man die Analyse aber auf Gemeindeebene herunter, dann sind wir der Meinung, dass der begangene Fehler eindeutig zu gross wird.

Die Re-Analyse unserer Arbeit durch Armingeon basiert nun allerdings auf einem im Jahre 1998 durchgeführten Arbeitsmarktsurvey, dessen Daten erst ab dem Jahre 2000 verfügbar sind. Es handelt sich um Daten aufgrund einer Umfrage, bei der die Einstellung zum *EU-Beitritt* der Schweiz und nicht der EWR-Vertrag im Zentrum stand. Des weiteren stellt die Linkhandvariable eine subjektive Einschätzung („Einstellung zur EU-Mitgliedschaft“) dar. Wenn man von diesen Problemen der Vergleichbarkeit einmal absieht, bestätigt die Re-Analyse von Armingeon auf Gemeindeniveau unsere Resultate im Wesentlichen. Insofern sehen wir dies als weiteren Hinweis dafür an, dass wir mit unseren Hypothesen richtig liegen. Der zusätzliche Wert unserer Arbeit liegt nun darin, dass wir eine ökonomisch robuste Theorie herleiten, diese testen und zum Ergebnis gelangen, dass die theoretischen Hypothesen tatsächlich nicht verworfen werden. Zudem zeigen wir nicht nur, dass die wirtschaftliche Betroffenheit eine Rolle spielt, sondern vor allem, dass dies nur für die Verlierer gilt. Dies ist unseres Erachtens ein eindeutiger Erkenntnisgewinn und fällt keineswegs hinter Bestehendes zurück.

„Irrige Politikempfehlungen“

Entgegen der Meinung von Klaus Armingeon leiten wir aus unseren Resultaten keine Politikempfehlungen ab. Wir ziehen aus unserer positiven Analyse lediglich den Schluss, dass ein Weg, im direktdemokratischen System der Schweiz eine weitere Öffnung durchsetzen zu können, in der Kompensation der Verlierer eines solchen Schrittes liegen würde, wenn man eine solche Öffnung als wünschenswert erachtet. Diese Überlegung fügt sich übrigens in die doch recht breit geführte Diskussion um die Reform des schweizerischen politischen Systems mit derselben Zielsetzung ein.

Armingeon argumentiert zudem, dass unsere Politikempfehlungen irrig wären, weil die wirtschaftliche Betroffenheit zwar signifikant, aber eben nicht wichtig sei (siehe oben). Angenommen, man würde uns die Frage stellen: „Was könnte man tun, um die Wirtschaft der Schweiz weiter zu öffnen?“, so wäre unsere Antwort: „Kompensiert die Verlierer“. Armingeons Antwort würde aufgrund seines Ansatzes wohl lauten: „Ändert die politischen Präferenzen“. Auch wenn die wirtschaftliche Betroffenheit „unwichtiger“ ist als die politischen Präferenzen (oder die Ideologie, wie es Armingeon nennt), so er-

1. Klaus Armingeon verweist dabei auf die Arbeit von VATTER(1994). Diese basiert zwar auf Gemeinde-Daten, umfasst jedoch nur wenige Branchen und deckt nur knapp 30 % der schweizerischen Bruttowertschöpfung (1992) ab.

scheint uns die Empfehlung, die negative Betroffenheit der Verlierer abzufedern, trotzdem einiges realisierbarer zu sein als der Versuch, die Ideologie der Wähler zu ändern.

„Trivialität der Resultate“

Unser Artikel stellt die Kausalität zwischen aussenwirtschaftlicher Öffnung, wirtschaftlicher Betroffenheit und individuellem Abstimmungsverhalten in einer direkten Demokratie dar. Die daraus ableitbaren Hypothesen werden am Beispiel der EWR-Abstimmung überprüft und können nicht verworfen werden. Klaus Armingeons Analysen stellen dies nicht in Frage. Wirtschaftspolitisch ziehen wir die Folgerung, dass durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Betroffenheit der Verlierer die Chancen einer aussenwirtschaftlichen Öffnung gerade auch in einer direkten Demokratie erhöht werden könnten. Der Ansatz zielt also darauf ab, dass die wirtschaftlichen „Restriktionen“ des einzelnen durch Kompensation verändert werden. Unserer Meinung nach ist dies keineswegs ein triviales Resultat, vor allem weil es darüber hinaus erklärt, weshalb eine Mehrheit von Gewinnern von einer Minderheit von Verlierern überstimmt werden kann (ohne hierzu das Ständemehr bemühen zu müssen).

Demgegenüber regressiert Armingeon die subjektive Einstellung zu einer *EU-Mitgliedschaft* der Schweiz auf eine Reihe von intuitiv möglichen Erklärungsvariablen und folgert, dass die Ideologie einen grösseren Einfluss auf die Einstellung hat. Die Frage bleibt offen, welches Resultat trivialer ist. Hinzu kommt, dass ein EU-Beitritt weit über eine wirtschaftliche Öffnung hinausgeht und eminent politische Komponenten beinhaltet. Es verwundert deshalb auch nicht, dass bei der Frage nach der Einstellung zu einem EU-Beitritt „politische Variablen“ eine grosse Rolle spielen. Des weiteren beruhen die Rechthandvariablen teilweise ebenfalls auf Umfrageergebnissen und dürften sehr ähnliche Perzeptionen abfragen wie die Linkhandvariablen (Linkhandvariabel: „Sind Sie für einen Beitritt der Schweiz zu einer Europäischen Union oder eher für einen Alleingang?“; Rechthandvariablen: „Sind Sie für eine Schweiz, die ihre Traditionen verteidigt oder für eine Schweiz die Ihre Tradition in Frage stellt?“). Es besteht deshalb die Gefahr, dass nicht die Rechthandvariable die Linkhandvariable erklärt, sondern beide Variablen letztlich das gleiche messen, nämlich die generelle Einstellung der befragten Personen zu einer Öffnung der Schweiz. Selbst wenn dem nicht so wäre, sind die Rechthandvariablen an sich nicht erklärend, weil sie wiederum der Erklärung bedürfen. Eine solche fehlt aber vollständig und wäre gerade dann wichtig, wenn man sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion darauf stützt. Die Einführung einer ebenfalls aus einer Umfrage abgeleiteten Variablen „Arbeitslosigkeit“ macht die Analyse vollends problematisch, denn die Antwort auf die entsprechende Frage („Inwieweit machen Sie sich Sorgen, dass Sie eventuell Ihre Stelle verlieren könnten“) ist dermassen eng mit der Branchenzugehörigkeit des Einzelnen verbunden, dass es verwundert, dass die Variable „Verliererbranche“ überhaupt ihre Signifikanz behält.

Es scheint, dass wir als Ökonomen stark in der Tradition unserer Disziplin verhaftet

sind und uns auf das konzentrieren, wofür wir eine klare Theorie haben und worüber wir auch Prognosen machen können. Dabei geht es uns (oft) nicht darum, ein Phänomen durch ein möglichst umfassendes Abbild der Realität zu erklären, sondern wir begnügen uns damit, eine stark vereinfachte, aber rigorose Theorie zu entwickeln, welche eine gewisse Erklärungskraft hat. – Darüber hinaus halten wir es mit STIGLER und BECKER (1977): „De gustibus non est disputandum“.

LITERATUR

- ARMINGEON, K. (2000), „Ökonomische Erklärungen des Verhaltens bei ausserpolitischen Abstimmungen. Eine Kritik der Analyse von Aymo Brunetti, Markus Jaggi und Rolf Weder“, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 136, 2, 207–214.
- BRUNETTI, A., M. JAGGI und R. WEDER (1998), „Umverteilungswirkungen einer wirtschaftlichen Öffnung und Abstimmungsverhalten. Eine Analyse am Beispiel des Schweizer EWR-Entscheidung“, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 134, 1, 63–91.
- BRUNETTI, A., M. JAGGI und R. WEDER (1999), *Die Schweiz in der europapolitischen Zwickmühle*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- JAGGI, M. und R. WEDER (1999), „Die Mühen der Schweiz mit der EU“, *NZZ*, 13. September 1999.
- STIGLER, G. und G. BECKER (1977), „De Gustibus non est Disputandum“, *American Economic Review*, 67, 76–90.
- VATTER, A. (1994), „Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext?“, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 20, 1, 15–42.

SUMMARY

Klaus Armingeon criticizes our paper “Distribution Effects of Opening up an Economy and Voting Behaviour: An Analysis Based on the Example of the Swiss Vote on the EEA” published in this journal in 1998. In this reply we argue that his critique is mainly due to a misinterpretation of the goal of our paper: we did not try to find the most important determinant by regressing the voting behaviour on all possible variables that might determine it. We rather tested whether the variable of interest from the perspective of a particular, simplifying theory is and remains significant under a number of circumstances. On this background, Armingeon’s analysis of a different data set does not question, but rather reinforces our main result.

RESUME

Klaus Armingeon critique notre article "Effets distributifs de l'ouverture économique et comportement de vote: une analyse basée sur l'exemple de la votation suisse sur l'EEE" paru dans cette revue en 1998. Dans cette réplique, nous argumentons que sa critique est principalement due à une fausse interprétation de l'objectif de notre papier: nous n'avons pas essayé de trouver la déterminante la plus importante en régressant le comportement de vote sur toutes les variables susceptibles de le déterminer. Nous avons plutôt testé si une certaine variable d'intérêt dans la perspective d'une théorie particulière et simplifiante reste significative dans un certain nombre de circonstances. Sur ce fonds, l'analyse d'un set de données différent par Armingeon ne met pas en question notre résultat principal; bien au contraire, il le confirme.